

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßengasse 176, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, frei ins Haus 2.90, bei Leine Post am Orte, 2.50.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Annoncen über einen Monat 25 Pfennige, für dreimonatliche 75 Pfennige, für sechsmonatliche 1.25 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 283.

Sonnabend, den 6. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Die Furcht vor Beweisen.

Als die Erfurter „Tribüne“ schrieb, das preukische Abgeordnetenhaus habe sich durch seinen Straf Antrag gegen die Genossen Dornheim und Stange, außerhalb der Konvention anständiger Politiker“ gestellt, antwortete die Presse der schuldigen Parteien — konservative, nationalliberale und Zentrumsblätter — nicht ohne Verlegenheit, es handle sich dem Abgeordnetenhaus ja nur darum, un wahren Be richten über seine Tätigkeit durch gerichtliche Feststellungen entgegenzutreten. Die „Germania“ und andere Organe aus der Schule des Heiligen von Lobola verhielten sich kühn gegenüber auf die „Tribüne“, auch die sozialdemokratische Wehrheit des Reichstages Gemeinderats in ähnlichem Falle Straf Antrag gestellt habe. Nicht also darum handelte es sich, die Freiheit der Kritik einzuschränken, sondern nur wahrheitswidrige Behauptungen zu widerlegen, die von der Erfurter „Tribüne“ aufgestellt und verbreitet worden seien.

Der Prozeß gegen die Erfurter „Tribüne“ ist am Dienstag nach kurzer dramatischer Verhandlung verlagert worden. Aber schon dieser kurze erste Akt hat gezeigt, wie recht wir hatten, als wir schrieben, daß dieser Prozeß eine außerordentliche politische Bedeutung erlangen und daß in seinem Verlaufe die Rollen des Anklägers und des Angeklagten völlig vertauscht werden würden. Hat doch gleich der erste Waffengang zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt dazu geführt, daß dieser die Anklage aus § 186 (Behauptung nicht erwiesener Tatsachen) fallen ließ und nur die Anklage wegen formaler Beleidigung aufrechterhielt. Der Erfurter Staatsanwalt, als der wahrhaft berufene Bevollmächtigte der ange klagten „Volksvertretung“, hat sich bereit erklärt, alles, was von dem Verteidiger und von der Erfurter „Tribüne“ tatsächlich behauptet worden war, als wahr zu unterstellen. Es war eine Szene, die verdient, vom Geschichtsschreiber festgehalten zu werden, als der Vorsitzende an den Staatsanwalt die Frage stellte:

Herr Staatsanwalt, wollen Sie entgegen den Behauptungen des Verteidigers den Beweis antreten, daß der Landtag sich korrekt benommen hat?

Ich habe nicht die geringste Veranlassung dazu!

Herr Staatsanwalt, wollen Sie denn gar keine Beweisanträge stellen, damit wir ermitteln können, wie die Vorgänge sich tatsächlich abgepielt haben? Und zur allgemeinen Sensation erwidert der Vertreter der preukischen Dreiklassenlehre abermals:

Nein, ich habe keinerlei Beweis-Anträge.

So gering also auch auf Seiten der Ankläger die Neigung ist, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, werden sie dennoch um die peinliche Probe nicht herumkommen. Der Staatsanwalt verzichtet darauf, die Wahrheit zu hören, die Verteidigung besteht darauf, Sie bietet den Beweis an, daß die tatsächlichen Vor-

gänge, über welche die Erfurter „Tribüne“ berichtet, vollkommen richtig wiedergegeben sind, und dieser Beweis wird auch geführt werden, es wäre denn, daß das Haus der Ehre, das ange sehenste Parlament der Welt es vorziehen sollte, seine Ermäch tigung zur Verfolgung der beiden Erfurter Redakteure schleunigst wieder zurück zu nehmen.

Zu verlieren hat das preukische Abgeordnetenhaus in die sem Prozeß, den es in politischem Unverstande gegen sich selbst angezettelt hat, noch gar Manches; zu gewinnen aber hat es nichts mehr. Denn in dem Augenblick, in dem der An kläger die Behauptung fallen ließ, die „Tribüne“ habe zu un gunsten des Abgeordnetenhauses „nicht erwiesene“ wahre Tat sachen“ verbreitet, in dem Augenblick, in dem er zugab, daß alle Ungeheuerlichkeiten, die von diesem Hause tatsächlich behauptet worden waren, erwiesene Wahrheiten seien, in dem Augenblick, in dem er erklärte, er habe keinerlei Beweisanträge zu stellen, um die Behauptungen des sozialdemokratischen Blattes zu wider legen, in diesem Augenblicke war die politische Niederlage des Dreiklassenhauses bis zum Zusammenbruch geüben.

Denn was bleibt dem klagenden Parlament noch übrig? Nichts, als über den „schlechten Ton“ zu jammern, den man gegen es angeschlagen hat. Es protestiert gegen ein moralisches Urteil, es führt einen Krieg gegen scharfe Worte. Kurz, es tut etwas, was unter Politikern mit Recht als nicht erlaubt gilt. Der Politiker ohne Unterschied der Partei, auch der so zialdemokratische Politiker, kann sich unter Umständen gezwungen sehen, gegen Verleumder Anklage zu erheben, um auf diese Weise die gerichtliche öffentliche Feststellung der Wahrheit zu er wirken. Aber den § 186, der von formaler Beleidigung han delt, und der von jedem angerufen werden kann — auch von dem Mann, der mehrmals gestohlen hat, wenn man ihn einen „alten Dieb“ nennt — überläßt der ernste Politiker als neid loses Vorrecht den älteren hysterischen Damen, die sich im Haus nur mit ihrer Nachbarin gezankt haben.

Gegen die tatsächlichen Behauptungen der „Tribüne“ hat das Abgeordnetenhaus nichts zu sagen. Aber es meint, weil die „Tribüne“ auf Grund dieser richtigen Tatsachen geschrieben hätte, dieses Haus sei dieses und jenes, und es „benütze“ sich so und so. Dafür ruft es nun nach Rache und Vergeltung.

Damit ist der preukische Dreiklassen-Parlamentarismus in seiner Entwicklung auf dem Punkte angelangt, an dem es zu seiner Kennzeichnung keiner starken Worte mehr bedarf. So wie sie ist, wie sie sich in diesem Prozesse gezeigt hat, darf man die preukische Volksvertretung getrost dem Urteil des deutschen Volkes überlassen.

Politische Uebersicht.

Wie die Agrarier das Volk betrogen,

das scheint wieder einmal an einem eklatanten Beispiele fest gestellt zu sein. Berliner Zeitungen veröffentlichen nämlich mehrere Schreiben des Agrarierführers Ring an Landwirtschaftskammern, aus denen hervorgeht, daß seinerzeit

die Viehverwertungszentrale sich unter großen Selbsterlusten bereit erklärte, Vieh nach Oberschlesien zu schicken, um den Schein zu erwecken, daß ge nügend Vieh vorhanden sei, und um so die Öff nung der Grenzen für die Vieheinfuhr zu hinter treiben.

Wenn nun noch nicht bald die Augen geöffnet werden über das frevelhafte Treiben der Junker, dem ist nicht zu helfen. Wir werden nicht versäumen, den Arbeitern und kleinen Landwirten, in deren Interesse die Öffnung der Grenzen ebenso sehr liegt, reinen Wein einzuschenken, wo j die Presse und Versammlungen der geeignete Ort sind.

Moloch Militarismus.

Die „Germania“ kündigte vor einigen Tagen eine neue Militärvorlage an. Diese Ankündigungen sind von der offiziellen Presse bisher nicht demontiert worden; man hat es eintigen halbamtlichen Blättern überlassen, die Nachricht dahin einzuschränken, daß niemand daran denke, innerhalb des bis 1911 reichenden Präsenz-Stärke-Gesetzes neue Truppenteile einzurichten, die mit der gesetzlichen Festlegung im Widerspruch ständen. Die „Märkische Volkszeitung“ schreibt daraus, daß man Neuerrichtungen zu treffen gedente, die zwar erheb liche Kosten verursachen, aber gegen die Festlegung der Präsenzstärke nicht verstoßen. Nach den Andeutungen eines Zentrumsabgeordneten handele es sich um eine ziem lich erhebliche Vermehrung der Genietruppen zur ausgie bigeren Verwendung des Telegraphen- und Telephon dienstes sowie um eine systematische, umfangreiche Verwendung des Automobils im Heeresdienste. Daneben dürfte eine nicht unerhebliche Verstärkung der schweren Feldartillerie gefordert werden.

Die „Märk. Volksztg.“ meint, daß diese Ankündigun gen recht unangenehme Gefühle auslösen müßten. Die Er höhung der Präsenzstärke um 10,378 Mann, die im Jahre 1905 beschlossen worden sei, habe an einmaligen Ausgaben 62 Millionen, an fortlaufenden 17,7 Millionen beansprucht, also eine ganz erhebliche Mehrbe lastung. Hinzu komme noch, daß inzwischen die Um bewaffnung der Artillerie und Infan terie in Angriff genommen worden sei, die ein Sel bengeld koste, wie man schätze, mindestens 150 Millionen Mark. Dazu solle nun eine Vermie ßung der technischen Truppen kommen. Worum sei man mit diesen Plänen nicht bereits im Jahre 1905 herausgerückt? Wenn die Regierung sich an kein Septennat bin den wolle, so würde sie auch kein solches vom Reichstag fordern. Septennate mit Erweiterungen nach zwei Jahren seien ein Un Ding, zu dem der Reichstag nicht die Hand bieten könne. Die

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

20) (Nachdruck verboten.)

In der Stube war's frohlich, noch frohlicher durch das Halb dunkel, das barinnen herrschte; Zeiß hatte einen Wappen vor das Fensterchen gehängt, sonst pfiff der Wind allzu ungehin dert durch die Ritzen. In trauriger Mißfarbe schimmerten die nackten Wände, die und da war der Beweis abgedrückt und der rohe Stein kam zum Vorschein. Im Estrich waren tiefe Mulden ausgefahren. Der Holztisch war lange nicht geschmeuert, Band und Schmel auch nicht; auf dem Kellerbord standen die Schüsseln zerbrochen.

Luca gähnte, es war ihr recht ob im Magen; prüfend sah sie sich um — was denn gar nichts da, um die Hauptstübe zu bringen und den Hunger, der allmählich ankam, ihr den Magen zusammen zu krampfen? Ein warmer Kaffee würde ihr gut tun. „Da!“ Sie schmeckte ihn schon in Gedanken.

Leise, um ihren Mann nicht zu hören, schlich sie auf den Boden an den Kellerbord. Auch nicht eine Bohne mehr in der Dose, kein Hapfen Brot mehr da!

Trüblich starrte sie vor sich hin; da fiel's ihr plötzlich ein, hatte der Peter nicht was gewonnen, gestern Abend beim Kartenpiel? Daß sie das vergessen konnte! Ja, einen Zaler, einen ganzen harten Zaler! Vor Freudens machte sie einen Satz, daß ihr das Kind fast aus den Armen geglitten wäre; sie lief an's Bett.

„Pittchen, hü, Pittchen, mir haan joo wat bergäh!“ Sie lachte und fing an, Hufe und Hufe, die am Fußende lagen, zu untersuchen. „Get!“ Sie hielt triumphierend den Zaler in die Höhe, „ewell sein mir aus der Dredull!“

Er hatte sich halb aufgerichtet, mit blöden Augen starrte er sie an. Jetzt schien ihm plötzlich das Verhängnis zu dämmern, mit einem Satz war er aus dem Bett und zog ihr den Arm herunter. „Steffie hör!“

„O Jasses, on eh haan e su en Appetit!“ Eränen füllten rasch ihre Augen, aber sie sagte nichts mehr; Wortwurfe machen, war nicht ihre Art, sie nahm's eben, wie's kam. Resig niert setzte sie sich wieder auf ihren Stuhl.

Das Kind fing kläglich an zu wimmern; Peter sah das erbärmliche Gesichtchen, so weill und alt wie das eines Kranken. Er sah die hümmen totnigen Hüfte, die in der Luft herumgriffen, und jetzt hörte er das Husten, das Keuchen auf der kleinen Brust und den pfeifenden Atem. Er sah auch, daß Zeiß weinte. Die dicken Tränen rollten ihr über die heut gar nicht blühenden Wangen. Sie kam ihm plötzlich ganz elend und abgezehrt vor.

Es gab ihm einen schmerzhaften Stich durch's Herz; nur ein Wort hätte es ihn gelöst, eine Handbewegung: „Da hast Du den Zaler“, und sie wäre aufgesprungen mit einem lustigen Fuchse, Freudensüßte auf den Wangen.

Nein, nein! Wie ein Herzweilfester presste er den Zaler an den Fingern; er konnte sich nicht von ihm trennen. Der lag wie Blei in seinen Händen, der liebt daran fest. Als hätte das tote Metall Leben bekommen, so dehnte es sich in seiner Hand — es wurde größer und größer, immer schwerer und schwerer, es nahm ihn ganz in Beschlag mit Leib und Seele es wuchs und wuchs. — Und eine Stimme be kam es, die flüsterte, nur ihm allein verständlich, flüsterte und flüsterte

Durch Peters Kopf rasten seltsame Gedanken. Sie wurden darin herumgewirbelt, wie tolle Blätter im Gewittersturm. Da ßter haften seine Blicke auf dem weinenden Weib und dem elen den Kind, glitten an den öden Wänden auf und nieder und führten unster durch die kalte armenliche Stube.

Immer bringlicher flüsterte die verführerische Stimme, im mer verständlicher, immer klarer; und er lauschte ihr, den Kopf auf die Brust geneigt, ganz verunken.

Es klopfte; er fuhr aus seinem Ärtzen auf. Ein kleiner Schulfunge trat ein, Tafel und Federrohr un ter den Arm geklemmt; sehr wichtig und hochgeehrt durch den ihm gebundenen Auftrag, brachte er seine Botshaft vor:

„Den Pittchen soll ewell gleich beim Hähr Pastor in de Kersch kommen, den Kronleuchter es erunner gehorcht. Hän leit ewell uf em Boden!“

„Daß hän liegen“, brummte Peter. Er war unwillig, wollte nicht gestört sein; er mußte laufen, der Stimme lau schen, die so vernehmlich zu ihm sprach: „Arm, arm — warum brauchst Du arm zu sein? Es liegt nur in Deiner Hand — in Deiner Hand —!“ Ja, in seiner Hand lag das Zalerstück, das kleine und doch so mächtige Ding, das, nur von Menschen hand geschaffen, doch die Welt regierte, tausendmal mächtiger, wie der Herrgott im Himmel.

„Wat stehste noch hei?“ fuhr der den Knaben an. „Gei dann kein Maulaffen seit gehaal!“

„Ihr sollt ewell kommen, bei den Hähr Pastor“, beharrte der Junge.

„Joo, gleich doch, Pittchen“, mischte sich die Zeiß ein.

„Eh haan ten Zeit!“

„Weder bei den Hähr Pastor“, sagte Luca vorwurfsvoll,

„bei den gaallichen Hähr?! Doo muß mer das zeln!“

„Gaallich oder net gaallich, als ein Pallasch! Dooß mech aufrieben!“ Er hob die Hand gegen den Knaben:

„Mach, daßje eraus kömmt!“

„Gleich daor, Pittchen“, redete Luca zu. Sie hatte das Kind hingelegt und sagte ihren Mann nun kräftig unter die Achseln. „Ewell kriehste billeicht ebbes zu verdienen!“

„E, verdienen! Eh peffen drauf!“

„O Jee, hän Hunger!“ Zeiß hielt sich den Leib und trümmerte sich. „De Gedärm sein mer ewell schuns Dinnewennig zusammengeknorrt — Pittchen, gleich hoch!“

„In drei Weibels Naomen!“ Fluchend predte er ein Bein aus dem Bett, wie ein Pfeil schoß der Knabe zur Tür hinaus, er flüchtete Krügel.

Luca lachte hinter ihm drein, und dann hielt sie ihrem Mann die Hufe hin. „Dein Bugen, Pittchen! Sei es dat redte Bein, hei dat linke!“ Sie half ihm in die Kleider.

Wie im Traum ließ sich Peter anziehen, seine Gedanken waren weit weg. Zwischen den zusammengezogenen Brauen sah eine grüblerische Falte; er bestaute in sich hinein und sprach zu sammen, als ihm Zeiß mit einem lachenden: „Zehdig“ die Wäße auf's Haar schloß.

Er sah nicht recht's noch links; mit hängendem Kopf, den Blick zu Boden gesenkt, mit schlaff haumelnden Armen und schlurrenden Füßen ging er die Dorfstraße hinunter. Er be achtete kein „Guten Tag“ und keinen Zuruf; er hörte auch nicht den Schrei eines neugeborenen Kindes, der hell und kräftig über den Schneiderschen Hof gellte.

Er war in die Kirche trat, zog er in dem verstaubten Win kel beim Weibwasserbecken rasch noch einmal den Zaler hervor. Sein häßler Blick wurde heller, wie er das Silberstück betrach tete; fallendwarf. Ein triumphierendes Lächeln umspielte seinen Mund, und aus seine Augen juckten glauze Fäden; er stand ganz in Betrachtung verloren. Da Geräusch! Er fuhr zusam men, blitzschnell überschand der Zaler in der Tasche.

Hierbegetappel, Häherrasseln. Ein Wägelchen nahe; der Reifende fuhr vorbei, zum Dorf hinaus. Peter predte den knip pligen Kopf um die Ecke und sah ihm mit böhmischen Gesen nach, dann runkte er gewohnheitsmäßig den Finger in's Weib wasser, bekruschte sich mühsam und trat in die Kirche. (Fortsetzung folgt.)

*) Verlegenheit.

Aus dem Stadtparlament.

War es das schöne Herbstwetter, das gestern Nachmittags hinaus ins Freie lockte, oder war es die außer dem Ortstatut über den Betrieb des Gastwirtsgewerbes nur wenig bedeutendere Momente versprechende Tagesordnung — jedenfalls haben wir den Sitzungssaal unserer Stadtpäter zur Eröffnung selten so leer gesehen wie gestern. Raum 25 Pflichtgetreue zählten wir, als die Glocke des Vorstehers das Zeichen zum Beginn der Tagung gab, und auch die Wände des Magistrats zierten nur zwei oder drei unserer Herren Stadtgewaltigen.

Als bei dem Berichte über Sitzungen der Markthallenbaukommission der Referent Baumeister neugierig fragte, wie es denn eigentlich mit der neuen Stadtkasselerie, war an der Magistratsbank niemand anwesend, der hätte antworten können. Denn daß es den Herren Stadtvätern verboten sein sollte, ohne Genehmigung oder Kontrolle ihres Obers den Stadterordneten Rede und Antwort zu stehen, das können wir füglich nicht gut annehmen.

Verloren hatten zu Anfang der Sitzung wirklich auch weder die schwänzenden Stadtboten noch die erst später eintreffenden Zuhörer etwas. Denn es waren mehr Formalien, die zunächst ihre Erledigung fanden, eine ganze Reihe von Anstellungen nämlich, von denen die Versammlung nach der Städteordnung Kenntnis nehmen muß.

Inzwischen hatten sich Beratungs- wie Zuhörerraum so ziemlich gefüllt, und nun endlich kamen unsere wohlhablichen Mitbürger von Gambinus Gnaden auf ihre Rechnung. Das Ortstatut betreffend die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft gelangte zur Generaldebatte.

Wie der Referent Dr. Meißer ausführte, handelte es sich darum, daß für alle Restaurationen und Gastwirtschaften Breslaus die Genehmigung zum Betriebe von der Prüfung der Bedürfnisfrage abhängig sein soll, daß dafür aber die sogenannte halbe KonzeSSION ganz verschwinden und in allen Lokalen der Brauntwein ausbleiben soll. Hierzu ist nach dem Gesetz in Städten über 50,000 Einwohner ein Ortstatut erforderlich. Außer Breslau haben bisher von 50 Großstädten 26 noch kein solches Ortstatut, darunter Berlin, Charlottenburg, München a. a. Der hiesige Magistrat habe sich mit der Bedürfnisfrage schon vor Jahren befaßt, aber wohl Bedenken getragen, dem Stadtausschuß die Prüfung einer so schweren Frage, wie die des Bedürfnisses aufzubürden. Inzwischen seien die Verhältnisse unahlsbar geworden. Die Zahl der halben KonzeSSIONen ist in Breslau so gestiegen, daß am 1. Januar 1905 bereits je eine auf 397 Einwohner kam, während der Reichs-Durchschnitt je eine auf 744 betrug und in Berlin sogar 779 Einwohner auf eine halbe KonzeSSION kamen. Seitdem ist die Sache noch schlimmer geworden; in 1 1/2 Jahren ist die Zahl von 1155 auf 1430, also um fast 25 Prozent gestiegen. Darin erblicke der Magistrat eine Gefährdung des Gastwirtslandes eben so sehr, wie die Folge der öffentlichen Sittlichkeit. Ohne Schnaps-Ausschank könne auch der Halbkonzessionäre nicht existieren; darum werde auch ohne KonzeSSION in allen Breslauer Lokalen Brauntwein getrunken, das sei auch der Polizei durchaus bekannt.

Damit werden die Wirte aber von Denunzianten und von den unteren Polizeiorganen abhängig. Nun habe man noch in letzter Zeit gegen die Einführung der Bedürfnisprüfung von Seiten der Grundbesitzervereine Stimmung zu machen versucht, ein Flugblatt mit der Ueberschrift: Ein neues Ortstatut — ein neuer Schlag gegen den Wohnbesitz, sei verbreitet worden. Die Hausbesitzer hätten mit dieser Begünstigung unweicht. Nicht gefördert werden die Interessen der Hausbesitzer durch die vielen Kneipen, sondern im Gegenteil geschädigt. Nur die Terrainsbesitzer haben ein Interesse daran, weil sie den Hausbesitzern für Häuser mit einer Kneipe eine höhere Rente anrechnen können, die aber später nur zu oft nicht eingenommen werde, weil inzwischen das Restaurant längst ausgegeben wurde.

Herr Dr. Meißer empfiehlt die Vorlage, die er im Prinzip angenommen bittet, den Ausschüssen I und II zu überweisen, um dort etwaige Härten zu beseitigen.

Stadtv. Steenagel-Haase beantragt, die Kretschmerien und überhaupt den Ausschank der Brauer im eigenen Hause von der Bedürfnisfrage auszunehmen.

Stadtv. Weide, der Vertreter der Gastwirte, ist ebenfalls mit der Vorlage einverstanden, obwohl er die Prüfung der Bedürfnisfrage für etwas recht Nebenbedeutendes hält; hier werde der Zufall und auch die persönliche Auffassung immer den Ausschlag geben. Auch wir sind der Meinung, daß in der Bedürfnisfrage der Kern für allerhand Schismen liegt, die auf den Gastwirten unter Umständen noch schlimmer lasten können, als die halbe KonzeSSION. Besser ercheint uns dann schon der von Herrn Weide aufgenommene Vorschlag des Grafen Douglas, die KonzeSSION von der Bewohnerzahl abhängig zu machen, daß auf 300 oder 500 oder 1000 Seelen immer eine, und zwar stets die volle KonzeSSION, kommt. Dem Bedenken des Stadtv. Weide, daß damit nicht dem Umstände Rechnung getragen werde, daß in einigen Stadtbezirken, wie in Indultvierteln, doch das Bedürfnis stärker sei, als z. B. in Willenvierteln, könnte dadurch entgegengekommen werden, daß die Zahl der zu gewährenden KonzeSSIONen durch Division für die ganze Stadt ermittelt und diese Zahl dann nach dem Erfassungsmäßig zu ermittelnden Bedürfnis über die einzelnen Stadtteile verteilt wird.

Nach weiteren Ausführungen des Oberbürgermeisters für die Vorlage und des Stadtv. Weide als Vertreter der Hausbesitzer wurde Ueberweisung an die Ausschüsse beschlossen.

Von weiteren Vorlagen sei zunächst erwähnt, daß gemäß einem Ausschussantrage die Veräußerung des Etats vom Allerheiligenhospitale um 37,142.43 Mk. beschlossen wurde. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, daß er eine Vorlage wegen allgemeiner Regelung der Unzulässigkeiten vorlegen möge. Der Antrag eines Grundstücks auf den Gabisäckern, und zwar 48.30 Ar zum Preise von 28,000 Mk., wurde genehmigt.

Eine recht ausgedehnte Debatte entspann sich darauf über eine Vorlage, nach der vom Fiskus das von der fortgesetzten Fuchlinie des Grundstücks (Stadtsarchiv) liegende bebaut Land von 121 qm zum Preise von 46 Mk. pro Quadratmeter erworben werden soll. Der Ausschuss IV will nur 30 Mk. für den Quadratmeter bewilligen. Der Oberbürgermeister machte darauf aufmerksam, daß der Fiskus darauf jedenfalls nicht eingehen werde, und daß es dann zum Enteignungsverfahren kommen werde. Stadtv. Bischof trat dafür ein, daß man schon aus prinzipiellen Gründen es auf den Enteignungsprozess ankommen lassen möge, selbst der Preis von 30 Mk. sei zu hoch.

Eine Vorlage über die Befreiung der Fuchlinie für eine neue Verbindungsstraße vom Dlanter nach der Riederstraße über die Grundstücke Manniusplatz 8a und Riederstraße 48-52 wird angenommen, nachdem in der Debatte der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben worden war, daß nur endgültigen Entscheidung der Straße eventuell die Anlieger beizugehen werden müssen.

festhalten, daß die Alten keineswegs den Jungen hätten den Kopf waschen wollen; sie wollten lediglich eine Spaltung verhindern.

Im übrigen war man im Kreise der nationalliberalen Jugend verschiedener Meinung bezüglich des ferneren Vorgehens. Die einen meinten, daß man auf dem Delegiertentage in Hannover zu weit gegangen sei, die anderen dagegen waren der Ansicht, daß noch härtere Vorsetzer der Jugend vorgegangen werden müsse.

Die nationalliberalen Jungen sind den Alten gut genug, um Wahlagitator mit radikalen Phrasen zu betreiben, aber die Freundschaft ist aus, sobald die Jugend sich einzufallen läßt, nun auch liberale Taten zu verlangen.

Von der Erzberger. In der Strafsache gegen Götz und Genossen soll nach der „Presf. Bg.“ der Abg. Erzberger über den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schmidt, Beschwerde geführt haben, weil dieser, entgegen wiederholt gegebenen Versprechungen, die Erzbergerschen Aufzeichnungen hohen Beamten der Kolonialabteilung zugänglich gemacht habe. Die angeklagten Kolonialbeamten sollen sich dieser Beschwerde des Abg. Erzberger angeschlossen und den Untersuchungsrichter als befangen abgelehnt haben. Erzberger hat sich ja schon wiederholt überdöpseln lassen.

Die deutsche Kohlenindustrie. Die deutsche Kohlenindustrie hat gegenwärtig einen großen Aufschwung genommen und die Produktion in den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat die aller früheren Jahre bei weitem übertraffen. Es sind 10 Millionen Tonnen Kohlen mehr zu Tage gefördert worden, als im Vorjahre in derselben Periode und die Brückfabrikation ist um eine Million gestiegen. Trotzdem ist überall empfindliche Kohlennot. Das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt hat voriges Jahr eine Million Tonnen weniger liefern können, als bestellt waren. Ein Minendirektor hat erklärt, daß 30,000 Arbeiter mehr eingestellt werden müßten, wenn er alle Wünsche befriedigen möchte; das wäre aber unmöglich, denn die Grubenarbeit wird immer weniger als Beruf ergriffen, da sie doch stets mit Lebensgefahr verbunden ist und zudem schlecht bezahlt wird. Die Unglücksfälle haben in erschreckender Weise zugenommen, auf 6.59 Unglücksfälle pro Mille im Jahre 1886 kamen voriges Jahr 15.55 pro Mille. Das neue Minengesetz vom Jahre 1905 hat kaum eine Besserung hervorgebracht, noch immer hat Deutschland den traurigen Ruhm, in seinen Gruben die meisten Unglücksfälle der Welt auszuweisen. Von dem großen Aufschwung merken natürlich die Arbeiter nichts, denn ihre Löhne sind trotz der gesteigerten Lebensmittelpreise zurückgegangen. So ist es kein Wunder, wenn öfters Streiks ausbrechen und wenn ständige Versammlungen stattfinden, in denen man dann die Salairfrage diskutiert. Da durch die ganze Welt die Kohlenproduktion nicht den Bedarf zu decken vermag und überall Arbeiter fehlen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sich die Kohlenarbeiter zu einem internationalen Streik zusammenschließen. Unterhandlungen zwischen den Ausschussmitgliedern in Belgien, England, Frankreich sind auch schon im Gange.

In den Schatz der Kirche zurück. Der Auditor Jucco-Cuccagna, ein abgefallener katholischer Priester, ist wieder zur Kirche zurückgekehrt, zuletzt war er freireligiöser Prediger in Mainz. Jetzt erklärt er im „Mainzer Journal“ einen öffentlichen Widerruf und bittet um Verzeihung wegen des gegebenen Bitternisses.

Die 60,000 Mark-Waise. Nach der „Vö. Korresp.“ sollen die 60,000 Mark, die Herr Söder jetzt zusammensubstituieren sucht, dazu dienen, sämtliche sozialdemokratische Arbeiterorganisationen im ganzen Reich unter der Flagge der christlichen Arbeitervereine zusammenzuschließen. Allenfalls im Laufe sollen jetzt Sekretariate der christlichen Arbeitervereine errichtet werden.

Das alte war das Fabels R... Wir Sozialdemokraten leben unserer empfindlichen Verachtung durch diese Sekretariate güttern und abnehmend entgegen.

Unterrichtsfrage der Arbeiter. Wie unsere Leser bekannt sein wird, ist in Straßburg seitens einer Gruppe von Studenten der dortigen Universität eine Vereinigung gegründet worden, die den Zweck hat, Unterrichtsstärke in Elementarfächern, insbesondere Deutsch und Rechnen, für Arbeiter zu organisieren, wobei die Studenten als Lehrer fungieren. Diese Kurie, die bereits im Anfang des Sommersemesters 1905 ihren Anfang nahm, erfreuten sich im ganzen Semester eines überaus großen Zuspruchs, insbesondere waren es die frei organisierten Arbeiter Straßburgs, die sich sehr stark an dem Unterricht beteiligten. Dies gab nunmehr dem Gewerkschaftsrat in Colmar (Elsas) Veranlassung, der Frage näher zu treten. Buzzeit sind die Vorbereitungen und Unterhandlungen im Gange, die wohl in einigen Wochen zum Abschluß werden, daß auch die Colmarer Arbeiter den Unterricht genießen werden. Wir werden im Laufe der nächsten Wochen im Zusammenhang mit dem Straßburger Unterrichtsrat auf den Stand der Colmarer Bestrebungen zurückkommen.

Ansland.

Im Dienste des Parentens. Bekanntlich sind in Bardö (Norwegen), hoch oben am Glimmer, auf Befehl des norwegischen Reichsobersten russische Schiffe, die in der Draperel des sozialdemokratischen Organ „Finnmarken“ hergestellt werden waren, konfisziert worden. „Finnmarken“ Oberbefehl, Einwohnungs-Abgesandter Gode Nisse, hat nun in einer Bescheidensammlung zu Trondheim mitgeteilt, daß er bereits der Monatschrift vom Amtmann aufgefunden worden war, den Druck der russischen Schiffe einzustellen, aber darauf geantwortet hatte, er fühle sich moralisch verpflichtet, den russischen Freiheitskämpfern jenen Dienst zu erweisen und sei bereit, seine Handlungsmethode vor jedem Gericht zu verantworten.

Inzwischen hat „Sozialdemokrat“ in Christiania den Minister des Innern um Erklärung über die kaiserliche Maßregel erbeten und von ihm die Antwort erhalten, daß russische Schiffe sich wohl dieser Konfiszierung wegen an die norwegische Regierung gewandt hätten, jedoch erst nachdem das Justizdepartement sich bereits aus eigenem Antrieb damit befaßt gehabt habe.

Daneben hat also die norwegische Regierung sich zu jenen Schritten geäußert für das Parentens bereit gefunden, schon bevor von jener Seite ein Wunsch geäußert wurde. Ihr Verhalten ist um so mehr zu bedauern, als es sich durchaus nicht um irgend welche bittige revolutionäre Schritte handelt, sondern um rein sozialistische Aufstände, die sich um einige Wochen, wie sie jetzt überall in Norland in Arbeitsetrieben geltend machen.

„Wäntische Volkszeitung“ brodt schließlich mit einem parlamentarischen Konflikt.

Die „Wänt. Volkszeitung“ gehört bekanntlich zu den Zentrumsblättern, die nicht zu den führenden Organen der Partei gehören und sich deshalb gern den Luxus einer recht radikalen Sprache leisten. Man gebe sich einer bedenklichen Illusion hin, wenn man sich aus dieser Sprache irgend welche Schlüsse auf die Haltung der Zentrumsfraktion gestattet. Im Grundsatz ist das Zentrum eben so ungeniert für die Erweiterung des Veres-Septennats zu haben, wie es sich dazu hat bereit finden lassen, in die Flottenvorlage eine neue 800 Millionenvorlage hineinzutragen!

Die Antwort des Reichskanzlers an Braunschweig. Auf die Schreiben des Braunschweigischen Staatsministeriums, mit denen die Resolution des Braunschweigischen Landtages vom 25. September d. J. mitgeteilt wurde, hat Fürst Bülow als Reichskanzler und als preussischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten wie folgt geantwortet:

Domburg v. d. Höhe, 3. Oktober. Dem Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich, auf das an mich als Reichskanzler gerichtete Schreiben vom 25. v. M. zu erwidern, daß ich den Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885, durch welchen die Revision des Vertrags von Cumberland in Braunschweig nicht für vereinbart erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, für mich solange als maßgebend behandle, wie, als derselbe nicht durch einen neuen Beschluß des Bundesrats aufgehoben oder abgeändert worden ist. Einen solchen aufhebenden oder abändernden Beschluß herbeizuführen, sehe ich mich nicht in der Lage. Demgemäß habe ich die Möglichkeit einer Uebernahme der Regierung von Braunschweig durch den Herzog von Cumberland unter der obwaltenden Sachlage außer Betracht zu lassen. Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß ich eine weitere Antwort auf die von dem Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgischen Staatsministerium an mich gestellten Fragen, welche die Möglichkeit einer Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zur Voraussetzung haben, zur Zeit nicht zu geben vermag. Die in dem Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums, wie auch in der dem mitgeteilten Resolution des Braunschweigischen Landtages zum Ausdruck gebrachten reichstreuen Gesinnungen geben die Zuversicht, daß das großherzogliche Staatsministerium auch bei der ihm jetzt obliegenden Regelung der Verhältnisse im Großherzogtum die allgemeinen Reichsinteressen im Auge behalten wird.

Der Reichskanzler an das Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgische Staatsministerium Braunschweig.

Domburg v. d. Höhe, 3. Oktober. Dem Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich, auf das an das königliche Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten gerichtete Schreiben vom 25. v. M. mitzuteilen, daß die in dem Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 aufgeführten Gründe, aus denen damals die Regierung des Herzogs von Cumberland für nicht vereinbart erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, nach Ueberzeugung der königlichen Staatsregierung noch heute Geltung haben. In dem durch den früheren Beschluß gekennzeichneten Verhältnis des Herzogs zu Preußen ist eine entscheidende Aenderung nicht eingetreten, auch bestehen noch immer, und zwar unter mindestens gleichschwerer Bedingung des Herzogs, wesentliche Verhältnisse, die sich in ihrem Endziel auf die preussische Provinz Hannover erstrecken. Es kann Preußen nicht zugemutet werden, daß es in dem benachbarten Bundesstaat eine weltliche Regierung dulde, durch die der preussische unter dem Schutz der Reichsverfassung stehende Verfassung gefährdet werden würde. Die königliche Staatsregierung würde hiernach einem etwaigen Antrag auf Aufhebung oder Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 ihre Zustimmung verweigern müssen. Sie glaubt auch jetzt nicht in der Lage zu sein, überreichte Schritte zu unternehmen, um eine Aenderung des in dem Bundesratsbeschluss gekennzeichneten Verhältnisses des Herzogs zu Preußen herbeizuführen.

Der königliche Minister der Auswärtigen Angelegenheiten an das Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgische Staatsministerium Braunschweig.

In der letzten Sitzung des Bundesrats teilte der Vorsitzende, Staatssekretär Graf Polakowski, die Schriftstücke mit, die sich auf das mit dem Abgehen des Prinzen Albrecht eingetretene Erbschaft in Braunschweig beziehen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden nahm die Versammlung hiervon Kenntnis und sieht der Ernennung eines Bundesratsbevollmächtigten für Braunschweig durch den Regentenschaftsrat entgegen.

Danach sind die Wünsche Braunschweigs einfach ignoriert und der „rechtmäßige“ Erbe des Thrones von Braunschweig, der Herzog von Cumberland, bei Seite gelassen. Er muß sich nun ein anderes Thronchen in der Welt suchen, wenn ihn etwa noch danach gelüsten sollte. So geht es unter Umständen „Fürsten von Gottes Gnaden“. Für das Volk sind diese Geschichten außerordentlich lehrreich, weil die offiziellen Kreise erheblich dazu beitragen, daß der Nimbus, der die Könige von „Gottes Gnaden“ umschwebt, gründlich zerstört wird.

Junge und alte Nationalliberale.

Der Verein der nationalliberalen Jugend in Berlin beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit den jüngsten Ereignissen und Auseinandersetzungen in der Partei. Professor Rosenhauer, einer von den Alten, knüpfte an eine auf dem sozialdemokratischen Parteitag geäußerte Äußerung an und meinte dazu, wenn in Mannheim gesagt worden sei, die Nationalliberalen bereuen die Organisation der Jugend, so müsse er sagen, daß so die Dinge nicht lägen, sondern daß man sich im Gegenteil unbedingt jene über das Vorhandensein der Jugendbewegung. Im Prinzip bestrebe durchwegs keine Meinungsverschiedenheit, wenn auch vielleicht im Temperament, in der Taktik und im Laufe Mitte und Junge auseinandergingen. Nicht wegen der sachlichen Auseinandersetzungen seien die Missverständnisse entstanden, sondern wegen der Form, in der man den hochberühmten Männern begegnet sei. Mit den Hauptausführungen in Hannover könne er sich einverstanden erklären. Die Bonner Resolution gibt zwar die Stimmung in Rheinland wieder; aber das Rheinland sei nicht Deutschland, und wir müssen uns dem gesamten Parteileben anpassen. Es müßten auf dem Parteitag in Colmar scharfe Worte fallen, aber das dürfe die Jugend nicht verärgern. Man gehöre zusammen; darüber hätten die Jungen keinen Zweifel gelassen und die Alten auch nicht.

Wichtigste Aufgabe sei es, wenn man den Romer Tag richtig verstehen wolle, müsse man einseitig davon

...schließen wie auf gemeinsames Endziel das Beste zur Verwirklichung bei. Das mögen sich die Genossen im Lande vor Augen halten, die etwa geneigt wären, noch Ausstellungen an dem Geschlossen zu machen. Der Nischenort der erreichten Einheitsfront übersteigt tausendfach keine Unebenheiten oder Waden in der Form des Beschusses.

„Rheinische Zeitung“ in Köln:
Wir empfinden dazu die besondere Genugtuung, daß der Parteitag unsere an dieser Stelle immer wieder vertretene Auffassung bestätigt hat, daß große Genossenschaft zwischen Partei und Gewerkschaften gar nicht bestehen. Die Forderung der Einheitsfront ist lediglich eine Reihe von Unstimmigkeiten, ernsthaft sachliche und namentlich prinzipielle Gegensätze waren und sind jedoch nicht vorhanden. Die deutsche Sozialdemokratie hat viel zu viel praktischen Sinn, um nicht die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Fortschritt der Arbeiterbewegung sehr hoch einzuschätzen, und umgekehrt herrscht heute in den Gewerkschaften stärker als je die durch die Erfahrungen der letzten Jahre getragene Überzeugung, daß die intensive politische Betätigung der Gewerkschaftler die unentbehrliche Ergänzung ihres wirtschaftlichen Kampfes bildet. Die Rammbeimer Verhandlungen haben mehr als tausend Zeitungartikel zur Klärung der Situation beigetragen und in der Debatte-Regen-Krausitz'schen Resolution zum politischen Massenstreik eine Einheitsfront der Auffassung befördert, die allerdings auch die Optimisten vorher kaum zu erhellen gewagt hätten.

Die „Vollstimme“ in Mannheim:
Was hat der diesjährige Parteitag geleistet? Hat er die Hoffnungen erfüllt, mit denen die diesjährigen Parteigenossen ihre Gänge so freudigen Serzens begrüßt haben? Wir freuen uns, daß wir diese Fragen mit einem stolzen Ja! beantworten können. Entscheidend hierfür sind die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages über das Verhältnis der Gewerkschaften zu unserer Partei. Selbstverständlich werden auch diesmal wieder unter unseren Gegnern sich solche Kritiker finden, die die auf dem Parteitage erreichte Verständigung als eine Komödie der Führer, als eine künstliche Vertuschung der Gegensätze hinstellen werden. Diefem Gerücht liegt nur das Richtige zu Grunde, daß auch die „Führer“, daß auch unsere Genossen in den Zentralkomitees der Partei und Gewerkschaften aufrichtig daran mitgearbeitet haben, zu einer allseitig befriedigenden Verständigung zu gelangen...

Die „Vollstimme“ in Mainz:
Wenn es Literatur-Kreise in unserer Partei gibt, die anderer Anschauung sind und die Verhältnisse in Rußland und anderen Ländern auch ohne weiteres als für Deutschland maßgebend betrachten, so hat der Rammbeimer Parteitag ihnen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt, daß die über große Zahl der Parteigenossen Deutschlands hierin grundsätzlich anderer Meinung ist. Genosse Nebel hat in seinem Referat diese letztere Meinung sehr klar formuliert. Daß er darin nicht mit gewissen „revolutions-romantischen“ Parteitreibern einig geht, attestierte die Genossin Zugenburg, indem sie unter anderem mit feiner Ironie bemerkte, sie habe Nebel nicht recht verstanden, da er so sehr „nach rechts“ gesprochen, während sie so weit links gestanden habe. Wir haben oftmals das Gefühl, als ob die Genossin Zugenburg die deutsche Arbeiterbewegung als solche nicht recht verstände, weil sie mit ihrer Anschauung in fremden Verhältnissen wurzelt.

Auf die Stimmungsänderung, die in Mannheim ebenso zutage trat, wie wir sie schon vorher bezüglich der Massenstreikfrage im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zu haben glauben, war unsere Fröhen'sche Arbeit, die Veröffentlichung des omdänischen Protokolls der Gewerkschaftsvorstände-Einigung nicht ganz ohne Einfluß. Die Debatten über das Protokoll in Presse und Versammlungen haben das Bewußtsein, mondem Parteigenossen die Notwendigkeit zum Bewußtsein zu bringen, zwischen Partei- und Gewerkschaftsleitung eine direkte innige Verbindung zu schaffen. Die Resolution Nebel mit dem Amendement Regen sieht dieses Zusammenbindungsstreben.

„Vollblatt“ in Kassel:
Die unangenehm unseren Gegnern der erfreuliche Ausgang dieser Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften ist, zeigt uns ein Bild in die kapitalistische Presse. Die Herren Federführer der mit Zeitungshaber und öffentlicher Meinung handelnden Zeitungskapitalisten sind sehr unzufrieden mit Mannheim. Das freut uns aufrichtig, denn wehe uns, wenn es anders wäre!

Wie die Referate über Sozialdemokratie und Volkserziehung, so hat auch das Referat über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug von neuem gezeigt, daß wir uns endlich mit einer zeitgemäßen Keuerung befunden müssen. Die vom Partei-Vorstand berufenen Referenten müssen verpflichtet werden, ihre Referate einige Wochen vor dem Parteitag drucken zu lassen, damit sie wirklich eingehend studiert und dann auf dem Parteitag in fruchtbringender Weise diskutiert werden können.

Die „Magdeburger Volksstimme“:
Es kann nicht ausbleiben, daß nach all den Debatten und Artikeln, die uns seit einem Jahre heischert worden sind, ein Vergleich zwischen Jena und Mannheim gezogen wird und daß das Abwägen mit der Konfirmierung eines Gegenstandes endigt. Der in der Landung zutage getretene Nebel hat zwar lebhaft bestritten, daß aus dem Jener'schen Trompetensignal ein Rammbeimer Signal geworden sei. Aber von einer Seite, die nach Jena zu einer bevorstehenden Mitarbeiterin des „Vorwärts“ abmandierte, die also ganz unbefanglich erscheinen muß, ist ihm attestiert worden, daß er in Jena noch links, in Mannheim aber nach rechts gestanden habe. Ein Zeugnis, das dem Sinne nach von vielen unterschrieben werden wird. In Jena sah Nebel seine vornehmste Aufgabe darin, die Deangal unserer politischen Führer mit jenerigen Worten zu schildern und die Erklärung des Massenstreiks „gegebenenfalls“ zu prophezeien; in Mannheim, die Schwierigkeit, die vorläufige Unmöglichkeit eines Massenstreiks mit bestimmten Farben auszumalen und ihn in die Höhe des Problems zu erheben. Beide Aufgaben kann feierlich derselbe Redner lösen, ohne daß er inwischen irgend eine Schwärzung vollzieht. Er kann sie sogar in derselben Rede lösen und braucht sich nicht wie Nebel ein Jahr Zeit dazu zu lassen. Dem Nebel dabei betont, daß er in Mannheim kein anderer sei wie er in Jena gewesen, ja, wenn er sich selber das Zeugnis ausstellt, daß er in Jena die politische Situation nicht richtig gesehen und sehr korrekt geschilbert habe, so ist ihm die Möglichkeit besser ohne weiteres anzubilligen. Womit aber das Bedauern nicht befreit, vielmehr erst recht gewekt wird, daß Nebel in Jena nicht gleich seine ganze Rede anfallt der halben gehalten hat. Wir würden, wäre es gegeben, von manchen anderen Umständen hätte verhindert werden sein und wir hätten die Straße, die dadurch frei geworden, zum energischeren und erfolgreicherem Kampfe gegen die Gegner verwerten können.

Zufrieden ist der Jener'sche Komplexionismus in manchen von uns hinterzogen und hat ihn zu Streifjügen angefaßt, die sonst unterbleiben wären. Nebel bemerkt zwar bestimmt, daß es jemand gegeben, der die preussische Sozialdemokratie im Massenstreik hätte gipfeln lassen wollen. Dies Beizeiten mag verstanden werden, wenn man, der mitten in der Bewegung des roten Sonntag's geirrt hat. Nebel hätte nur einen jener Vorwandwörter fragen brauchen, um zu erfahren, daß er sich im Irrtum befindet. Und dieser alte Bekannte und im Dienste der Partei ergrante Genosse ist es wahrlich nicht allein gewesen, der in Erinnerung an Jena durch die Begeisterung des Tages sich zu einem erhofften und hinweg geirrteten Seiden des Massenstreiks tragen ließ.

feierlich besiegelt und den eisernen Ring wieder fest geschlossen, an dem Steifert sowohl wie Kesselwollende eifrig herumfickeln.

Der „Vollstimme“ in Hannover:
Es ist so ganz anders gekommen, als einige Genossen öffentlich gefordert, die große Masse aber befürchtet hatte. In einem scharfen Vorgehen gegen die Gewerkschaftsführer war auf dem Parteitage bei der übergroßen Mehrheit der Delegierten gar keine Meinung vorhanden. Im Gegenteil: auf allen Seiten des Hauses das empha Bestreben, vorhandene Mißverständnisse aufzuklären und unter allen Umständen zu einem völligen Einverständnis zu kommen zwischen Gewerkschaft und Partei, einem Einverständnis, das im Interesse beider durchaus notwendig, das aber auch, wie die hierüber auf dem Parteitage gepflogenen Verhandlungen zur Genüge darthun, unsicher herbeizuführen ist, wenn nur auf beiden Seiten der dazu erforderliche gute Wille vorhanden. Die in Genossentreffen vielfach gesprochene Aussprache, von der unsere Gegner bis in die letzten Tage eine größere Spannung, wenn nicht gar eine völlige Trennung von Partei und Gewerkschaft erhofften, hat stattgefunden. Und das Ergebnis? Unsere Gegner befinden sich wieder einmal in der Rolle der „Blamierten Europäer“. Noch nie ist die Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft so glänzend zutage getreten, als auf dem diesjährigen Parteitage.

Die „Dremer Bürgerzeitung“:
Wenn man die Frage aufwerfen wollte, welche „Richtung“ auf dem diesmaligen Parteitage gesteckt hat, so würde man wahrscheinlich die verschiedenartigsten und einander widersprechenden Urteile zur Antwort bekommen, und man wäre damit so klug wie zuvor. Es wäre aber auch ganz unrichtig, wenn man das eigentliche Ergebnis des Rammbeimer Parteitages in der angedeuteten Richtung suchen wollte. Es handelt sich diesmal nicht um einen Kampf der innerhalb der Partei vertretenen verschiedenen Auffassungen über unsere Grundanschauungen oder über unsere Taktik — der „Revisionsismus“ hat so völlig ausgepielt, daß er zu einer Aktion nicht mehr fähig ist — sondern um einen Gegenlag zwischen Partei und Gewerkschaften, der sich an der Frage des politischen Massenstreiks entzündet hatte. Der Parteitag hat in den gründlichen und teilweise recht lebhaften Debatten in dieser Frage eine wenn auch etwas gewaltsame Einigung zu Stande gebracht. Die Gewerkschaftsführer desabourierten die Auslegung der Kölner Resolution, die den Stein des Anstoßes gebildet hatte, sie wollten sie nicht anders aufgefaßt wissen, als wie durch die Jener'sche Resolution die Stellung der Parteigenossen zum politischen Massenstreik festgelegt worden war.

Daß nunmehr Partei und Gewerkschaften für alle Zeiten in halber Eintracht zusammenarbeiten werden, ohne daß es jemals wieder zu Differenzen kommt, glauben wir auch trotz des Rammbeimer Parteitages nicht. Die Arbeitsgebiete sind so verschiedenartig im einzelnen und sohen doch auch wieder oft genug hart aneinander, so daß leicht Mißverständnisse auftauchen können. Aber je mehr das Amendement Kautsky befolgt wird, je inniger die innere, die geistige Einheit zwischen Gewerkschafts- und Parteigenossen wird, und je mehr dadurch Büchelburg's schönes Wort, daß Partei und Gewerkschaften ein Handarbeiteten von Partei und Gewerkschaften in Zukunft gestalten, um so weniger werden einmalige unheimliche Zusammenstöße zu Zeitverfüllen und langandauernden Reibereien führen.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, führt aus:
Unsere lieben, bürgerlichen Freunde hoffen, die mit Nischen'schen wachsende Gewerkschaft werde die Sozialdemokratie zerbrechen, und in Mannheim haben die berufenen Führer der Gewerkschaften in beglitterten Worten festgesetzt, daß die Gewerkschaft wertlos sein müßte, die nicht von sozialdemokratischem Geiste durchdrungen wäre. Das ist noch weit wichtiger als der Beschluß, worin bestimmte Regeln und technische Vorkehrungen zur Sicherung der Gemeinsamkeit und Einheit jeder proletarischen Aktion festgelegt wurden. Wir meinen, daß, so nützlich solche Vorkehrungen sind, sie eben nur dann wirksam werden können, wenn der Wille zum einigen Vorgehen, das Bewußtsein der Notwendigkeit ständiger Führung zwischen Partei und Gewerkschaft stets lebendig ist. Darum ist es höchst erfreulich, daß durch die Annahme des Antrages von Karl Kautsky die Notwendigkeit dieser „Einheitsfront“ des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft eine nachdrückliche Sanktion erfährt. Aber nicht minder erfreulich, ist es, daß Kautsky den zweiten Teil seines Antrages zurückzog. Nicht immer und nicht überall ist es nützlich, das Selbstverständliche mit großer Schärfe auszusprechen. Daß die Genossen, die Gewerkschaftler und Sozialdemokraten sind, sich auch bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch die Beschlüsse der Partei gebunden fühlen, ist ebenso selbstverständlich, wie, daß die Sozialdemokraten auch bei ihrer politischen Aktion die Interessen der gewerkschaftlichen Organisation in jedem Augenblick zu berücksichtigen haben. Der Schein aber, daß die Gewerkschaft der Partei untergeordnet sei, muß ebenso sorgfältig vermieden werden, wie etwa der Schein, die Partei sei nur die politische Erfindung der Gewerkschaften. In jedem einzelnen Falle die Uebererhöhung und das zweifelhafte Freimüßigwerden dieser beiden Organe des Proletariats herbeizuführen, muß eben das Ziel des ununterbrochenen Zusammenarbeitens in denselben sozialdemokratischen Geiste sein.

Die russische Revolution.

Die Schwarzen Hundert.
Der Verband der russischen Solles, der die schroffe Reaktion verteidigt, hat unter Stolypin einen unerhörten Einfluß erreicht. Auf seiner Seite steht die Hofpartei, zu ihm neigt sich selbst der Kaiser, denn Hof und Kaiser glauben, bei der starken Agitationskraft dieser Hunderten und Ultraconservativen die letzte Stütze gefunden zu haben. Aber nicht minder ist auch das Ministerium Stolypin, das alle Verbindungen zu den übrigen Parteien verloren hat, auf die Schwarzen Hundert als den letzten Rettungsanker angewiesen. Ihre Organisation bildet eine Art Nebenregierung, ihr Organ, der „Kolokol“, gebildet sich als Regierungsgewalt. Wenn irgend einem Polizeibeamten in einem kleinen Provinzialstädtchen das Zeichen der Schwarzen Hundert doch etwas zu stark erscheint und er ihrer Tätigkeit Hindernisse in den Weg legt, so telephonieren die Leute zum Polizeibeamten an den Präsidenten des Verbandes, den Herrn Reichskämmerer und dieser telephoniert feierlich sofort an den Gouverneur des betreffenden Gouvernements, mit der höchsten Anforderung, er solle doch den genannten Polizeibeamten dazu anhalten, daß er einer so patriotischen Partei keine Hindernisse in den Weg lege. Und wie sollten sich die Gouverneure den Anweisungen dieser neuen Zentralgewalt in Petersburg nicht fügen, wenn sie sehen, daß die Minister denselben Zenters auf Schritt und Tritt entgegenkommen? Dabei ist aber die Regierung selbst — weil sie nun doch dem Fanatismus der Hundertführer nicht gewärtig kann — weder vor ihren geschäftigen Angriffen noch vor ihren Forderungen. Herr Reichskämmerer, der beständigste Vorkämpfer von Hunderten, zum Beispiel erklärte, daß die Minister gegen Stolypin sei eine Strafe Gottes dafür, daß der Minister viel zu gutartig sei. Als die Zeitung „Kolokol“ erfuhr, daß im Ministerium das Jura ein Gefährdung über die Freiheit des Schenkens ausgedrückt werde, erklärte sie, diese Gefährdung sind an dem Ministerium, durch das das herrliche Rußland jetzt ruiniert wird, nicht weniger stark als die Hundertführer selbst; als ein Schenkensmal es sagte, einen Vertreter des „Schwarzen Hundert“ zu sehen, erklärte der Herr, die Schuld der russischen Nation ist zu

Ende, es ist zu erwarten, daß sie und mit ihnen die ganze Arme ihre Entlassung in einer Form zum Ausdruck bringen werden, welche die ganze Welt in Erstaunen setzen wird. Die Pläne des „Verbandes“ zielen nach der höchsten Stelle. Es gilt, den Kaiser von „seinen schlechten Ratgebern zu befreien“ — und dann die eigenen Leute an die führenden Stellen zu schieben.

Siedler.
Stolypin erklärte den Vertretern der Stadt Siedler, daß er noch kein endgültiges Bild gewonnen habe, da die Untersuchung noch im Gange sei. Er habe jedoch aus der Denkschrift der Vertretung der Bürgerschaft ersehen, daß die Militärbehörde ihre Befugnisse unzweifelhaft überschritten habe. Die Bestrafung der Schuldigen sei nicht nur für Siedler, sondern auch aus Gründen der allgemeinen Politik wichtig. Die verhafteten Juden würden nicht vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Jetzt wird bekannt, daß der Truppenchef von Siedler, Oberleutnant Tischenowski einstweilen seines Amtes enthoben wurde. (?)

Nach Sibirien
sind 11 Waggons mit 650 politischen Gefangenen, darunter 41 Frauen, 31 Juden, sowie Soldaten verschiedener Regimenter, abgegangen.

Attentat.
Gegen den Gouverneur von Simbirsk, General Starobinski, wurde von einem unbekanntem Mann eine Bombe geworfen, durch die der Gouverneur an der Hand und am Bein verwundet wurde. Sein Leben befindet sich außer Gefahr. — In Lodz wurde ein Revolverattentat von einem Unbekannten durch einen Revolvererschuß geteilt.

Verteilung von Land.
Gouvernement Jekaterinoslaw, 4. Oktober. Graf Woronow-Dachlow bestimmte sein 32,000 Desjatinen großes Gut zum Verkauf an Bauern mit der Maßgabe, daß auf jeden 4 Desjatinen entfallen sollen.

Partei-Angelegenheiten.

Eingekerkertes Verfahren. Durch eine Notiz der „Freien Presse“ zu Uberselb-Darmen über den Bauarbeiterstreik führten sich mehrere Polizeibeamte beleidigt und stellten deshalb seiner Zeit Strafantrag gegen den Genossen Hoffmann. Zweimal wurde Genosse Hoffmann in der Angelegenheit vernommen; bei der kommissarischen Vernehmung hielt man es sogar für notwendig, sein Signalment festzustellen. Jetzt hat er die Mitteilung erhalten, daß man das Verfahren gegen ihn eingestellt habe. Von Rechts wegen. Ein Gemeinderatswahltag wurde in Biele (Gessen-Nassau) eröffnet. Am Sonntag fand dort Erstagwahl statt für die wegen mancherlei Unstimmigkeiten vom Kreisauschuß kassierte Gemeinderatswahl für die dritte Klasse im März. Während damals nur 44 sozialdemokratische Stimmen fielen, waren diesmal unter 180 abgegebenen Stimmen 101 sozialdemokratische, sodaß alle drei sozialdemokratische Kandidaten gewählt sind.

In Rußland verboten wurde die im Verlage der Münchberger „Frankischen Tagespost“ erschienene Broschüre „Rußland und die Revolution“.

Wieder ein sozialdemokratischer Richter — in der Schweiz. Bei den drei Erstagwahlen, die am Sonntag in Korbach für das Bezirksgericht stattfanden, siegte die sozialdemokratisch-konservativ-demokratische Kompromißliste, sodaß auch unser Genosse gewählt wurde. Die liberale Partei unterlag mit zwei Kandidaten, wovon der eine ein scharfmacherischer, arbeitseindlicher Malermeister ist.

Das Opfer des Kriegsgerichts, unser Partiegenosse Siga in Zürich ist mit seinem Kassationsbegehren vom Militärkassationsgericht in Lausanne abgewiesen worden und hat er nun die ihm indifferente ungenehmliche Strafe von acht Monaten Gefängnis antreten müssen, die er im Winterburger Bezirksgefängnis abmacht und dazu noch den Verlust des Aktibürgerrechts für zwei Jahre. Er wird nun erst recht zu einem unverfülllichen Segner des Klassenstaates und seiner Klassenjustiz werden.

Ein neuer Miststreiter. Der „Jung-Sozialist“ betitelt sich ein Monatsblatt, dessen erste Nummer in diesen Tagen in Christiania erschienen ist. Es wird herausgegeben vom „Sozialdemokratischen Jugendverband Norwegens“ und redigiert von Harald Solberg.

Arbeiterbewegung.

Das gute Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit. Wer zweifelt noch daran, daß das gute Einvernehmen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, von dem die bürgerliche Presse stets zu fabeln weiß, weiter nichts ist als Lug und Trug? Alle jene Zweifler seien auf folgenden, keineswegs einzig in der Geschichte der Menschheit vorkommenden Fall aus Bayern aufmerksam gemacht. In der Neuen Baumwollspinnerei und Weberei dort, einem Etablissement, von dem seiner Zeit der nationalliberale Abgeordnete Müsch-Kerber lazen konnte: „Sie, die Spinner ich im Namen im Golbe“, der „Menschengebenden fast durchschnittlich im Jahre 20 Prozent Dividende abwirft (im letzten Jahreskrist waren es nie unter 23 Prozent), zu dessen Aktionären selbst evangelische Geistliche zählen, einem Etablissement, das stets für Kirchen- und hurrapatriotische Zwecke eine offene Hand hat, dort wird der Arbeiter, wenn er alt und schwach, infolge dessen ausgemergelt ist wie eine Bitrone unbarmerzig auf das Pflaster geworfen, unbekümmert darum, daß der dort ein Millionenalter lang Mehrwert geschaffen hat. So hat die millionenreiche Firma dieser Tage Leute, die 32 Jahre lang bei ihr beschäftigt waren (einer davon ist bereits 80 Jahre alt), einfach die Fabrikwohnung gestiftet. Leute, deren Bruch mit Redakillen geschmückt sind (die sie für geleistete treue Dienste erhielten), werden an die Luft gesetzt, weil kein Mehrwert mehr aus ihnen herausgeholt werden kann. Das ist das Los der Proletarier im Geanwartsstaate.

Unter den Textilarbeitern des Augsburger Industriebezirks ist derzeit eine Bewegung im Gange, um Einführung der wöchentlichen statt der 14-tägigen Lohnzahlungsperiode. Die Augsburger Textilarbeiter haben unter einer ganz besonderen Art von Ausbeutung zu leiden. Fast in allen Fabriken muß der Arbeiter am Anfang zwei bis drei Wochen arbeiten, bevor er überhaupt Lohn bekommt und dann erhält er denselben nur alle 14 Tage ausbezahlt. Den Unternehmern, die alljährlich Riesengewinne einstreifen, verhält dabei das Geld länger am Zins und die Arbeiter sind dadurch vollständig der Pumpwirtschaft verfallen. Die Unternehmer sagen sich: Ein Mensch, der überall bis über die Ohren in Schulden steckt, wird nicht so leicht rebellisch. — Die Textilarbeiter, die jetzt fast organisiert sind, lassen sich nicht mehr nach, bis auch dieses System der Ausbeutung gefallen ist.

Der Zustand der Rheinländer ist durch Vermittlung des Ringer'schen Gerichtes beendet worden. Beide Parteien machten Zugeständnisse.

„Und wenn der Herrgott vom Himmel kommt, ich habe recht!“ So erklärte dieser Tage der Direktor des Kaiser'schen Hüttenwerkes „Rote Erde“ der Kommission „seiner“ stützenden Arbeiter. Auf die fast durchweg frommen katholischen Proletarier Rußlands wird dieses Diktum eines großgewaltigen Fabrikpatsch's seinen Eindruck nicht verfehlen.

Aus den Gerichtssälen.

Die gestohlenen Goethehandschriften.

Vor der zweiten Instanz in Weimar begann am Mittwoch unter großem Andrang des Publikums der Prozeß wegen der Diebstähle von Kunstgegenständen im Großherzoglichen Schloß, von Goethehandschriften im Weimarer Kultusministerium und von Jahrbüchern der Goethe-Gesellschaft. Auf der Anklagebank erscheint der als Antiquar wie als Vorkämpfer einer naturgemäßen Lebensweise und des Antiquariums bekannte Paul Ludwig Wolfgang Bach aus Weimar, ein Mann von kaum 50 Jahren, der aber in Folge seiner zehnmonatlichen Untersuchungshaft wesentlich älter erscheint. Die Anklage gegen Bach stützt sich auf die §§ 259 und 260 des St.-G.-B., gewöhnlich- und gewerbsmäßiger Diebstahl. Die Sache des mitangeklagten Hoftheater-Sekretärs Schönheit, der die Diebstähle bei der Goethegesellschaft verübt haben soll — die gestohlenen Gegenstände hat nachher Bach gekauft — wird in einer späteren Verhandlung gefondert erledigt werden. Bei seiner Vernehmung gibt der Angeklagte an, er sei gelernter Schmiedesehmer und habe sich seit 1888 dem Buch- und Antiquariatshandel zugewandt. Vorf.: Es wird Ihnen vorgeworfen, daß Sie zahlreiche aus dem Großherzoglichen Hoftheater gestohlene Goethehandschriften, von denen Sie den Umständen nach wissen mußten, daß sie mittels Diebstahls erlangt seien, angekauft haben. — Angekl.: Der verlorbene Küchenmeister des Großherzogs, König, ist im vorigen Jahre zu verschiedenen Malen zu mir gekommen und hat mir diese Handschriften verkauft. Er sagte, sie von einer Dame erhalten zu haben, die sie geerbt hat, und vor ihren Eltern verschwiegen wollte. Daß es amtliche Schriftstücke waren, war mir bekannt. Aber derartige Sachen werden im Antiquariatshandel, besonders in Weimar, vielfach gehandelt. In Rücksicht auf die Person Königs erschien mir eine besondere Vorsicht nicht geboten. — Vorf.: Machte Sie denn die ungenannte Dame nicht kugig? Da mußten Sie doch sich sagen, daß etwas an der Sache faul sei. Aber ich will Ihnen noch etwas weiteres vorhalten. Sie haben zwar ungewisselhaft einige der gestohlenen Kunstgegenstände von König erhalten, aber diese waren dem König gar nicht zugänglich. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß sie aus den Räumen des Kultusdepartements entnommen worden sind. Nun steht der Hauptverdächtige — ich muß seinen Namen nennen — der Ministerial-Archiv-Assistent Speiser, seit Jahren mit Ihnen in Geschäftsverbindung. — Angekl.: Ich habe nur ganz geringfügige Gegenstände, Briefmarken, alte weimarische Zeitungen usw., von ihm gekauft. — Vorf.: Speiser selbst hat schon in der Voruntersuchung das Gegenteil behauptet. Die verkauften Goethehandschriften hatten zusammen einen Wert von 2,500 Mark? — Angekl.: Nein, Antiquare, die etwas von der Sache verstanden, schätzen den Wert auf höchstens 1000 Mark. Ich habe sie allerdings infolge meiner Geschäftsroutine höher verkauft. — Vorf.: Haben Sie nicht, als Sie dem Antiquar Followitz in Polen einige Goethehandschriften zum Kauf anboten, ihn gebeten, nichts davon dem Goethe-Schiller-Archiv zu sagen? — Angekl.: Ich war mit dem Leiter des Archivs, Geh. Hofrat Suphan verhandelt. — Vorf.: Jawohl, er hatte Sie einmal hinausgeschickt. (Hellerkeit.) Aber das war doch noch kein Grund, weshalb Sie Followitz diese Bitte ausbrachten. Der zweite Gegenstand der Verhandlung betrifft ein Chobowiedt-Album und Kunstgegenstände, die Bach an den Antiquar Börner in Leipzig verkauft hat. Es handelt sich um mehrere Originalhandzeichnungen von Chobowiedt, um eine ganze Reihe von Gemälden, zwei Zeichnungen von Genelli, eine Zeichnung von Preller, eine Zeichnung von Gebel und zwei Aquarelle. Der Angeklagte hat alle diese Gegenstände aus dem Nachlaß des Küchenmeisters König, von dessen Tochter, Frau Professor Kerschmar gekauft. Bach gibt zu, daß er die Gegenstände an demselben Tage, an dem er sie von Frau Professor Kerschmar kaufte, für einen bedeutend höheren Betrag an Börner in Leipzig weiter verkauft hat. — Staatsanwalt: Ja, und zwar war damals das Verfahren gegen Sie eingeleitet, Sie wagten also nicht mehr, die Sachen in Ihr Weimarer Geschäftslokal zu bringen, weil Sie ihre Entdeckung bei einer Hausdurchsuchung fürchteten. — Vorf.: Es ist überhaupt merkwürdig, daß Sie von diesem wertvollen Ankauf dem Professor Kuland, mit dem Sie damals in den besten Beziehungen standen, und der als Direktor des Goethe-National-Museums doch gewiß ein hervorragender Sachverständiger ist, nichts gesagt haben. — Angekl.: Ich hatte die Sachen ja schon Börner fest verschwiegen. — Vorf.: Sie hatten sie auch vorher Weimarer Kunstfreunden zum Kauf angeboten. — Angekl.: Ja, dem Komponisten Ogrih. — Vorf.: Sie haben die Sachen schon bei Lebzeiten Königs in dessen Wohnung gesehen. Haben Sie nie die Frage gestellt, woher er die kostbaren Gegenstände hatte? — Angekl.: Mit solchen Fragen hätte ich ihm ja direkt ins Gesicht geschlagen. Bei dem verurteilten Verhältnis, in dem der verstorbene König zum Großherzog stand, zweifelte ich nicht daran, daß er diese Gegenstände von ihm zum Geschenk erhalten hatte. — Der dritte Fall der Anklage betrifft eine Reihe von Büchern aus der Bibliothek des Goethe-Archiv-Direktors Prof. Suphan, die der Angeklagte von dessen Sohn gekauft hat, und zwar soll er diesen ausdrücklich veranlaßt haben, sie aus der väterlichen Bibliothek zu entnehmen. Die Fälle liegen etwa fünf Jahre zurück. Der Angeklagte gibt an, daß er den Sohn des Prof. Suphan ausdrücklich mehrfach gefragt habe, ob diese Bücher auch sein Eigentum seien. Er, der Angeklagte, habe ausdrücklich hinzugefügt, daß, so wie er mit seinem Vater steht, ihm mehr an der Gunst des Archivdirektors Suphan liege, als an den paar Mark Verdienst von ihm. Er bitte den Studenten Suphan darüber als Zeugen zu hören. — Vorf.: Gerade dieses Verlangen kann ich nicht erfüllen. Sie wissen ja, daß die Adresse dieses Zeugen nicht zu ermitteln war. — Angekl.: Ich habe in meinem Geschäftsbetriebe mehrfach von Söhnen von Professoren Bücher aus den väterlichen Bibliotheken gekauft, die den Söhnen von den Eltern zur beliebigen Verwendung übergeben waren. Auch der junge Suphan hat mir versichert, daß diese Broschüren über Goethe und Spinoza aus seiner Bibliothek stammen und daß sich niemand um ihre Verwendung kümmere. Eine Abicht, den jungen Mann zum Diebstahl zu verleiten, hat mir völlig ferngelegen.

Der vierte Gegenstand der Anklage betrifft zwei wertvolle Werke aus der Schloßbibliothek, ein holländisches von van Rensw und ein französisches von Antoine Watteau, die der Angeklagte von dem Buchbindermeister Lütlich gekauft hat. Bach gibt an, daß Lütlich ihm gesagt habe, die Bücher lägen schon 5 oder 6 Jahre bei ihm zum Einbinden und würden von niemandem abgeholt. Er wisse gar nicht, wem sie eigentlich gehörten. Da habe er die Bücher gekauft, ohne sich etwas weiter dabei zu denken. Außerdem war ja auch schon in den Zeitungen der Besitzer aufgefordert worden, sie abzuholen. Uebrigens habe er gedacht, daß Lütlich den Verkauf zu verantworten habe. Der letzte Fall der Anklage betrifft die Beteiligung Bach's an den Diebstählen Schönheit's bei der Goethegesellschaft. Es handelt sich um 5 Bände von anastatischen Neudrucken der beiden ersten Jahrbücher der Goethegesellschaft aus den Jahren 1887/88. Der Angeklagte gibt an, daß er von Bach den Vorhangen zu, daß er gekauft habe, daß diese Neudrucke lediglich an Mitglieder abgegeben würden. Er habe aber angenommen, daß Schönheit einige Exemplare von Mitgliedern erhalten habe und nicht glaubt, daß diesem der Verkauf verboten sei. Er habe auch den rechtmäßigen Preis von 5 Mark bezahlt.

Zur Charakterisierung des Angeklagten berichtet der Staatsanwalt noch darauf, daß er von Schönheit eine Bücherei für 3000 Mark gekauft habe, die nachher auf der Auktion 12,000 Mark brachte und daß er ferner umfangreiche Geschäfte mit dem aetischen Kranken Arimann gemacht habe, bis dessen Vormund schließend eingriff. Schließend habe er an den Komponisten Ogrih 10,000 Mark zu zehn Prozent Zinsen verliehen. — Angekl.: Bei diesen 1000 Mark, die ich für das Darlehn als Entgelt empfangen habe, ist auch die Provisions- und Vermittlungsgebühr enthalten. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. — Erster Zeuge ist Buchhändler Followitz, Hofrat, der Vorsitzende des hiesigen Buchhändler-Protokol-Verbandes. Aus der Zeugenvernehmung geht ersichtlich die Aussage des Ministerial-Sekretärs Speiser, der durch eingehende Darstellung des Geschäftsganges im Kultusministerium nachzuweisen sucht, daß umgedruckt König selbst Goethe-Autogramme aus den Akten des Großherzoglich-Sächsischen Kultusministeriums habe entnehmen können. Irgend ein Unterbeamter müßte zum mindesten an der Entwendung beteiligt gewesen sein. Auf eine bestimmte Person habe er keinen Verdacht. Speiser habe sich allerdings dadurch, daß er nach seiner ersten polizeilichen Vernehmung einen Selbstmordversuch machte, verdächtig gemacht. Auch seine finanziellen Verhältnisse waren sehr unglücklich. — Zeuge Geh. Hofrat Prof. Dr. Kuland, der frühere Direktor der Weimarer Museen, gibt als langjähriger Freund des im Jahre 1901 verstorbenen Großherzogs Karl Alexander und seiner Gemahlin Sophie sehr interessante Auskünfte über die aus dem Schloß gestohlenen Gegenstände. Das Chobowiedt-Album, das Bach bekanntlich an Börner verkauft hat, umfaßt 36 Zeichnungen zu einem französischen Roman. Niemals wäre es dem Großherzogspaar eingeleitet, einen solchen Besitz zu verzeichnen. Denn dieses Werk war ein Unikum, wie es nicht wieder im Buchhandel vorkommt. Es ist aus dem Nachlaß Chobowiedt's von dem früheren Großherzog Karl Friedrich zu einem sehr hohen Preis gekauft und der Schloßgärtner der Großherzogin Sophie, zum Geschenk gemacht worden. Bis zum Tode des Großherzogs hat der Zeuge das Album im Zimmer der Großherzogin liegen sehen, ebenso ein Etui mit 24 Zeichnungen Chobowiedt's vom Don Quixote, das jetzt spurlos verschwunden ist. Viel wertvoller ist ein drittes Album der Großherzogin, ein braunes Lederalbum mit Metallbeschlägen, das wohl gänzlich zerstört worden ist, denn einzelne Blätter zeigen jetzt hier und da auf Auktionsauktionen auf. Es enthält eine Reihe der größten Perlen der Zeichnungskunst, eine der schönsten Membrandeichnungen und mehrere wunderbare Rubenszeichnungen. Der Oberkammerer der Großherzogin, Sügenreich sagt aus, daß der Großherzog auf König große Stücke hielt. König hat auch viel für ihn getan, er machte für den Großherzog ganz besondere Speisen zurecht. — Zeuge Oberhofmarschall Emil v. Paetzler bekundet: Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß der Großherzog dem König Sachen geschenkt hat, die ihm nur vorübergehend gehörten. Denn nach dem Tode des Großherzogs war ihr Sohn als Nacherbe eingesezt. Ich halte es demnach für eine empörende Ungebühr, überhaupt auf die Vermutung zu kommen, daß der Großherzog solche Sachen verschenkt habe. Der Großherzog hatte König als Koch sehr gern, aber mehr auch nicht. — Vert.: Ich habe bisher alles vernommen, was den Prozeß zu einer Sensations-affaire hätte machen können. Aber wenn dergleichen behauptet wird, muß ich doch das Material über die persönlichen Beziehungen des Großherzogs zu König, das ich bester, hier vortragen. Ueber die Beziehungen Königs zum Großherzog wird sehr viel erzählt, was gar nicht wahr ist. — Vert.: Hat der Großherzog nicht König ein silbernes Teeservice zum Geschenk gemacht, das außerordentlich wertvoll war? — Zeuge: Wer das für wertvoll oder kunstvoll hält, versteht nichts davon. — Vert.: Ich habe das Teeservice ja gar nicht gesehen. — Zeuge: Dann hätten Sie es sich eben ansehen sollen. — Vert.: Ich kann mir die Sprache, die Excellenz hier führt, nicht gefallen lassen. — Vert.: Ich muß doch den Zeugen und Verteidiger bitten, möglichst alle persönlichen Spötzen zu vermeiden. — Vert.: Jedenfalls ist dieses Teeservice wegen seines Wertes beanstandet und erst freigegeben worden, als einwandfreie Zeugen bekundeten, daß die Großherzogin es wirklich dem König zum Geschenk gemacht habe. Es geht also über die gewöhnliche Grenze von Geschenken weit hinaus. — Zeuge Dr. König, ein Sohn des verstorbenen Küchenmeisters König, hat das Chobowiedt-Album schon ungefähr 5 bis 6 Jahre im Besitz seines Vaters gesehen. Es lag ganz offen im Schreibzimmer seines Vaters auf einem großen Tisch. Der Großherzog habe seinen Vater oft besucht, die persönlichen Beziehungen waren sehr intim. Der Großherzog verstand sich sehr wohl wiederholt, daß er an seinem Vater den besten Freund verloren habe.

Der Rest der Beweisaufnahme erfolgt am Donnerstag.

Die Beweisaufnahme wendet sich nunmehr dem vierten Fall der Anklage zu, dem Fall Lütlich. Der Hofbuchbindermeister Lütlich hatte im Jahre 1892 dem Großherzoglichen Hofmarschallamt mehrere wertvolle Werke aus der Schloßbibliothek, ein holländisches von van Rensw und ein französisches von Antoine Watteau, zum Einbinden übergeben erhalten. Diese Werke wurden nicht abgeholt und der Angeklagte hat sie im Jahre 1904 von Lütlich erworben. Hofbuchbindermeister Lütlich (Vater) hat die Bücher vom Hofmarschallamt zum Einbinden erhalten und nachher wiederholt angefragt, ob man sie nicht abholen wolle, er hat sie auch selbst hingetragen, aber nicht abgeben können. Im Jahre 1901 hat er das Geschäft seinem Sohn übergeben, zugleich mit einer Menge nicht abgeholtener Bücher, die sich allmählich angesammelt hatten. Von wem die einzelnen Bücher stammten, hat er dabei seinem Sohn nicht gesagt. — Staatsanwalt: Ich bitte den Zeugen nicht zu vereiteln, er ist wegen Unterschlagung in Untersuchung. Ob es in diesem Falle zur Anklage und zum Urteil kommen wird, ist ja eine andere Frage. — Vert.: Der Verdacht könnte sich doch höchstens gegen den Sohn Lütlich richten. Der Zeuge hat alles getan, was er zu tun verpflichtet war. — Das Gericht beschließt die Verurteilung. — Zeuge Paul Lütlich (Sohn des Hofbuchbindermeisters) hat nach der Geschäftsübernahme in den Zeitungen annonciert, daß bei ihm noch eine Reihe nicht abgeholtener Bücher liegen. Dann hat er die wertvollen Bücher aus fremde Stiftungen verschenkt, die wertvollen an Bach verkauft. Es waren etwa 30 bis 100 Bücher. Bei den an Bach verkauften hat er ausdrücklich gesagt, es seien auch einige darunter, die nicht abgeholt wurden. — Vorf.: Warum haben Sie denn nicht die Namen und Titel der einzelnen Bücher in der Zeitung bekannt? — Zeuge: Ich konnte mir das unmöglich denken, die Kosten machen, ich hätte ja ohnehin schon das Einbinden nicht bezahlt bekommen. — Vorf.: Warum haben Sie denn nicht in den Geschäftsblättern nach, wer die Bücher gebrächt hatte? — Zeuge: Das wäre eine Arbeit von mehreren Wochen gewesen. — Vorf.: Da scheint bei Ihnen keine große Ordnung geherrscht zu haben? — Vert.: Ich beantrage die Verurteilung des Zeugen. Es hat ihm jedenfalls bei seinem Tun jede rechtswidrige Absicht gefehlt. — Staatsanwalt: Ich halte es für selbstverständlich, daß der Zeuge nicht verurteilt wird. Er ist ja der Unterschlagung direkt überführt. — Vert.: Der Zeuge hat im Rahmen alles getan, was bei ihm auf dem Boden herumlage. Geachtet hat er sich dabei nicht, zum mindesten planlos er, ein Diskussionsrecht für die nicht bezahlten Einbände zu haben. — Das Gericht beschließt, die Zeugen nicht zu verurteilen. — Die Verhandlung wendet sich jetzt dem fünften Punkt der Anklage, den Diebstählen bei der Goethegesellschaft an. Ministerial-Sekretär Rothe hat nach Bekanntwerden der Diebstähle die Bibliothek revidiert und sie in großer Unordnung gefunden. Es fehlten 24 Bände von anastatischen Neudrucken. Das Bach aus dem pflanzlichen Aufsehen so vieler Bände Neudrucke hätte Verdacht schöpfen müssen, will Zeuge nicht als unbedingt bezeugen. — Hierauf wird der frühere Ministerial-Sekretär, Hoftheater-Sekretär Schönheit, unverzüglich als Angeklagter vernommen. — Er kann sich überhaupt nicht erinnern, Bände anastatischer Neudrucke an Bach gegeben zu haben. Sollte das aber gegeben sein, ist inhaltlich und Form bei ein oder zwei Bänden bei mit anderen Nachträgen verwechselt worden. — Angekl.: Ich habe

abre den Zeugen ausdrücklich nach anastatischen Neudrucken gefragt und er hatte mir solche angegeben. — Zeuge General-Sekretär Rothe: Eine Verwechslung ist auch äußerlich nach Einband und Schnitt ganz unmöglich. Es handelt sich um vier Bände, die Schönheit allein an Bach gegeben hat. — Zeuge Schönheit: Das kann unmöglich stimmen. Jedenfalls kann ich mir das nicht erklären und ich stehe vor einem Rätsel. — Vorf.: Zeuge Schönheit, Sie haben weiter einmal nach der ersten Revision an die Buchbinder von Gustav Frilke in Leipzig geschrieben, er möchte Ihnen bestätigen, daß Sie von ihm vier Bände übergeblicher Goethe-Schriften zurückgeschickt erhalten hätten, sonst würden Sie Angelegheiten haben. — Zeuge: Ich hatte vier Bände, die der Goethe-Gesellschaft gehörten, einmal von dem mir gut bekannten Frilke zurückgeschickt erhalten und sie aus Wummelei in meiner Wohnung behalten. Ich habe mir dann der Revision wegen von Frilke bestätigen lassen, daß er mir die Bände zurückgeschickt hatte. — Vorf.: Sollte es wirklich nur Wummelei sein? Sie sollen nach der Revision geäußert haben, Sie müßten sich jetzt eine Kugel vor den Kopf schießen. — Zeuge: Ich war damals schwer leidend an Gallenstein und hatte schwere Kollapsfälle. — Vorf.: Wie war es mit dem von Ihnen verkauften Wörlinbild? — Zeuge: Ich fand es im Besitz des Gattlermeisters Siedl in Weimar. Es war aber so verbunkelt und verstaubt, daß ich es selbst zuerst gar nicht für einen Wörlin hielt. Ich habe es dann gegen eine Reihe anderer Bilder umgetauscht und an Bach verkauft. — Vorf.: Sie haben selber angegeben, es für 1000 Mark verkauft zu haben? — Zeuge: Bach hat mich darum gebeten, den wirklichen Preis von 3000 Mk. nicht anzugeben. Wir hatten ja manche guten Geschäfte miteinander gemacht (Seiterkeit), da habe ich mich eben dazu bewegen lassen. — Vorf.: Aber durch diese falsche Angabe, die Sie auch vor dem Untersuchungsrichter aufrecht erhalten haben, haben Sie sich doch höchst verdächtig gemacht. Ich halte Ihnen schließlich noch einen Brief an den bekannten Antiquar Weichel in Leipzig vor, in dem Sie diesem ein vollständiges Exemplar von Schriften der Goethegesellschaft anbieten mit dem Hinweis: Band 1 und 2 in Neudruck. — Zeuge: Eines Tages war eine Aufwartefrau zu mir gekommen und hatte mir die übrigen Bände 3-17 zum Kauf angeboten. Band 1 und 2 hätte ich mir leicht von Mitgliefern der Goethegesellschaft verschaffen können. Da nun komplette Werke leichter zu verkaufen sind als unvollständige machte ich Weichel dieses Angebot. Uebrigens ist aus der ganzen Sache nichts geworden, weil Weichel nur einen sehr geringen Preis bot. — Vert.: Was nicht bei Ihnen eine Art Sammelstelle für Schriften der Goethegesellschaft, weil die Leute, welche solche Bücher verkaufen wollten, sich zuerst an den Sekretär der Goethegesellschaft wenden? — Zeuge: Allerdings bestand ich eine ungewöhnlich große Zahl derartiger Werke zum Angebot. — Der Diener im Goethe-Schiller-Archiv Neubauer bekundet, daß er, den dort lagernden Werken sowohl er und seine Familie wie auch die Aufwartefrauen freien Zutritt haben. Er hält es aber für ausgeschlossen, daß irgend jemand anders als Schönheit dort Werke weggenommen habe. — Vorf.: Wissen Sie denn, was anastatische Neudrucke sind? — Zeuge: Nein, gesehen habe ich nie etwas davon. (Seiterkeit.) — Zeugin Anna Neubauer ist am Tage der Revision im Zimmer des Hoftheater-Sekretärs Schönheit gewesen. Schönheit war damals sehr aufgeregter, er lief fortwährend im Zimmer umher und sagte ein über das andere Mal: „Wenn ich nicht bald einen Schlaganfall bekomme, muß ich mich erschießen, denn der ganze Verdacht fällt sofort auf mich.“ Er habe auch ausdrücklich davon gesprochen, daß gerade der erste und zweite Band an Bach gegeben worden sind.

Nach einer weiteren Reihe belangloser Zeugenaussagen wird die Beweisaufnahme geschlossen. Es erfolgen jetzt die Plädoyers.

Nach einstündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende das Urteil:

Der Angeklagte wird wegen gewerbsmäßiger Fehlleistung zu einer

Buchhausstrafe von zwei Jahren verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wird mit einem halben Jahre angerechnet.

Wegen fahrlässiger Züning seines Burschen wurde vom Kriegsgericht in Polen der Leutnant v. Kahlben vom Grenadier-Regiment 6 zu zwei Monaten Festung verurteilt. Kahlben hatte dem Burschen die Reinigung seines Dienstreibers zeigen wollen, dabei ging ein Schuß los und tötete den Burschen.

Aus Schlesien und Posen.

Schwammgefahr

drohte den Anwohnern der Riesengebirgsbäche schon wieder in der Nacht zum Donnerstag. Es scheint, als sei die Witterung dieses Jahr besonders geeignet, Schneefuten hervorzurufen, mehr als der warme Sommer von 1905, da wir diesmal nicht so sehr landregenartige Niederschläge haben als vielmehr plötzliche niedergehende starke Güsse, die bei dem vollgelegenen Erdbreich leicht Ueberflutungen erzeugen, besonders wenn sie am Hochgebirge auftreten. Am Mittwoch Vormittag gegen 11 Uhr ging in Schreiberhau ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der bis gegen Abend andauerte und eine starke Anschwellung des Sadens hervorrief, der denn auch in Warmbrunn und Gerlachsdorf bedeutend über die Ufer trat. In Girschberg wurde nach 10 Uhr Abends die Wasserwehr alarmiert, welche die Girschschleusen bei der Dinglingerischen Fabrik zog. Da aber die übrigen Flüsse keine Hochwassererregungen zeigten, so ließ die Sadne diesmal noch glimpflich ab. Hoffentlich aber sind am Donnerstag Nachmittag keine zu großen Regengemengen am Rammte nübergegangen, dort sah es zeitweilig schlimm genug aus, um ein Anschwellen der Bäche für die Nacht zum heutigen Freitag befürchten zu lassen.

Mercurius-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat,

Neue Graupenstraße 5, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 3141, werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellgelder auf die „Vollmacht“ zu haben.

Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden.

Gewerkschaftssaal.

Freitag, den 5. Oktober:

Tafel-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Solgarbeiter. Abends 9 Uhr: Unterklassierer- und Vorstandssitzung. Zimmer Nr. 1.

Sonabend, den 6. Oktober:

Leser-Verband (Hamburg). Zahl- und Aufnahme-Abend, parterre links.

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Kollaband.

Sonntag, den 7. Oktober:

Steinmetzer. Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Freie Turnerstaffel. Abends 6 1/2 Uhr: Danzsaal-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Maschinen- und Setzer (Nat. Betriebe). Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Montag, den 8. Oktober:

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

Dienstag, den 9. Oktober:

Manufaktur-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2 u. 4.

